



## SEBASTIAN EDATHY

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Innenausschusses

Abgeordneter für den  
Wahlkreis Nienburg-Schaumburg

Sebastian Edathy, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn  
Bundesminister des Innern  
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB  
persönlich

✉ Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 227-75754

📠 (030) 227-76530

Email:  
sebastian.edathy@bundestag.de  
Internet:  
<http://www.edathy.de>

Berlin, den 13.08.2008

vorab per Telefax: 3981 1018

### Mängel im Einbürgerungstest

Sehr geehrter Herr Minister,

nach Durchsicht des von Ihrem Hause veröffentlichten Einbürgerungstests, der zum September 2008 als Bestandteil des Einbürgerungsverfahrens zur Anwendung gebracht werden soll, drängt sich der Eindruck erheblicher Mängel auf.

Der Einbürgerungstest muss das Ziel verfolgen, das Vorhandensein von Grundwissen über die demokratischen Strukturen sowie Gesellschaft, Kultur und Geschichte Deutschlands abzufragen.

Dreierlei ist in daher zwingend erforderlich:

- 1) Die als korrekt vorgesehene Antwort-Option muss auch tatsächlich korrekt sein.
- 2) Auf irreführende Fragen bzw. irreführende Antwort-Optionen ist zu verzichten.
- 3) Irrelevante Fragen, die Spezialwissen abfragen, sollten nicht gestellt werden, sie laden lediglich zum Auswendig-Lernen ein.

Anbei erhalten Sie eine Auflistung derjenigen Teile des Einbürgerungstestes, die aus meiner Sicht vor diesem Hintergrund kurzfristig überarbeitet werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage(9 Seiten)

#### Bürgerbüro Nienburg

✉ Georgstr. 28, 31582 Nienburg ☎ (05021) 914180 📠 (05021) 914037 📧 nienburg@edathy.de

#### Bürgerbüro Schaumburg

✉ Echtenstr. 33, 31655 Stadthagen ☎ (05721) 75622 📠 (05721) 929623 📧 schaumburg@edathy.de

## 1) Falsche Antwort-Optionen

- In Frage 20 soll auf die Frage, was eine Partei sei, die eine Diktatur errichten wolle, davon ausgegangen werden, diese sei „verfassungswidrig“. Das ist aber falsch. Eine solche Partei ist „verfassungsfeindlich“. Über die Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. So vertritt beispielsweise die NPD das Führer-Prinzip und das Ziel des Ein-Parteieinstaates, strebt also einen Staat mit diktatorischen Zügen an, ohne (bislang) verfassungswidrig zu sein.
- In Frage 44 („Wen kann man als Bürger/Bürgerin in Deutschland nicht direkt wählen?“) wird unterstellt, die Bürger könnten den Bundespräsidenten nicht direkt wählen (was zutrifft), sehr wohl aber „Abgeordnete des EU-Parlamentes“, was falsch ist. In Deutschland werden die EU-Abgeordneten keineswegs per Direktwahl, sondern vielmehr durch Listenwahl bestimmt.
- Dass es (Frage 57) zu den Aufgaben des Bundesrates gehören soll, an der Verwaltung des Bundes mitzuwirken, ist – wie Sie als Bundesminister wissen – nur bedingt richtig.
- In Frage 91 heisst es: „In Deutschland kann ein Regierungswechsel in einem Bundesland Auswirkungen auf die Bundespolitik haben. Das Regieren wird...“. Die richtige Antwort-Option soll lauten: „schwieriger, wenn dadurch die Mehrheit im Bundesrat verändert wird.“ Das ist in dieser Formulierung falsch. Diese Antwort-Option unterstellt als Ausgangspunkt gleiche Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat. Selbstverständlich wird in einem anderen Fall durch eine Veränderung von Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat das Regieren im Bund nicht schwieriger, sondern eher leichter.
- Dass „Alexander“, der keinen Wehrdienst leisten möchte (Frage 102), sich nicht durch eine „Fortbildung“ dem Wehrdienst entziehen kann, ist in dieser Pauschalität unzutreffend. Wenn sich „Alexander“ für ein Theologiestudium entscheidet, mit dem Ziel, Geistlicher zu werden, dürfte er üblicherweise vom Wehrdienst befreit werden.
- Dass (Frage 113) zwangsläufig eine Partei die Wahlen gewonnen hat, die „die meisten Stimmen bekommt“, ist falsch. Bei der Bundestagswahl 1976 beispielsweise erreichten CDU und CSU 48,6 Prozent der Stimmen, haben die Wahl aber verloren, da die SPD-FDP-Koalition trotzdem fortgesetzt werden konnte.
- Aufgabe der Polizei in Deutschland (Frage 148) ist zweifellos, „die Einhaltung von Gesetzen zu überwachen“ (richtige Antwort-Option). Dass es (falsche

Antwort-Option) nicht zur Aufgabe der Polizei gehören soll, „die Bürgerinnen und Bürger abzuhören“, ist aber unzutreffend.

- Das Land Jugoslawien (Antwort-Option zu Frage 232) gibt es seit 2003 nicht mehr. Warum wird es genannt?
- Bei Problemen mit dem Arbeitgeber (Frage 286) kann selbstverständlich u.U. nicht nur der Betriebsrat (richtige Antwort-Option), sondern ggf. auch eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe (falsche Antwort-Option) behilflich sein.

## 2) Irreführende Fragen bzw. irreführende Antwort-Optionen

- Frage 10 unterstellt, dass die Prügelstrafe nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Sofern, wovon auszugehen ist, damit auf die körperliche Züchtigung von Kindern durch ihre Eltern angespielt wird, ist deren Untersagung seit wenigen Jahren freilich gemäß des Bürgerlichen Gesetzbuches unzulässig und nicht wegen Bestimmungen des Grundgesetzes.
- Frage 16 unterstellt, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht eingeschränkt sei bei Meinungsäußerungen über die Bundesregierung, bei Diskussionen über Religionen und bei Kritik am Staat. Das ist freilich in dieser Allgemeinheit nicht richtig, da die Nutzung der Meinungsfreiheit selbstverständlich bei Verunglimpfungen oder Beschimpfungen Grenzen hat.
- Bei Frage 18 wird nach dem Grundrecht gefragt, das Artikel 1 garantiert (die Unantastbarkeit der menschlichen Würde). Falsch ist demnach das Ankreuzen der Antwort-Option „das Recht auf Leben“. Dies ist insofern irreführend, als das Recht auf Leben zwar explizit Gegenstand von Artikel 2 ist, sich aber zwingend auch aus Artikel 1 ergibt. Die Antwort-Option „das Recht auf Leben“ sollte daher gestrichen und durch eine nicht irreführende ersetzt werden.
- In Frage 19 wird danach gefragt, was unter „Freizügigkeit“ zu verstehen ist. Als falsche Antwortoption gilt demnach: „Man darf sich in der Öffentlichkeit nur leicht bekleidet bewegen.“ Diese Antwort-Option ist insofern doppelt irreführend, als sie, erstens, die einzige der vier Antwort-Optionen ist, die kein Recht, sondern eine Pflicht beschreiben, ohne dass dies auf den ersten Blick deutlich wird (Sinn der Antwort-Option ist ja: „Man muss sich in der Öffentlichkeit leicht bekleidet bewegen.), zum anderen ist, sich prinzipiell so zu kleiden wie man möchte, in der Tat ein Recht.

- Frage 25 („Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus...“) bietet u.a. die als falsch zu bewertende Antwort-Option „16 Freistaaten“, was deshalb irreführend ist, da es in Deutschland in der Tat Freistaaten gibt. Dass nicht jedes Bundesland ein Freistaat ist, ist zudem kein zwingendes Wissen.
- Die Antwort-Optionen zu Frage 36 („Welche Maßnahme schafft in Deutschland soziale Sicherheit?“) sind irreführend. Richtig soll die Antwort „Krankenversicherung“ sein. Freilich sind auch die Autoversicherung und die Haftpflichtversicherung Beiträge zur sozialen Sicherheit, da insbesondere im Falle von verschuldeten Personenschäden ohne Kfz- und Privat-Haftpflichtversicherung schnell das soziale Aus drohen kann.
- In Frage 53 („Was bedeutet ‚Rechtsstaat‘ in Deutschland?“) lautet eine der unrichtigen Antwort-Optionen „Die Bürger und Bürgerinnen entscheiden über Gesetze.“ Im demokratischen Rechtsstaat Deutschland ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung über die von ihnen gewählten Parlamentarier aber selbstverständlich elementarer Bestandteil unserer Ordnung. Insofern ist diese Antwort-Option irreführend.
- Dass (Frage 67) Wirtschaftspolitik nicht zu den Aufgaben der Bundesländer gehören soll, werden nicht nur die 16 Wirtschaftsminister bzw. –senatoren der Länder anders sehen.
- Dass (Fragen 81 und 83) der Bundeskanzler nicht durch das Volk gewählt wird, ist formal richtig. De facto entscheiden aber die Wahlberechtigten durch die Wahl des Bundestages selbstverständlich indirekt mit. Insofern ist die falsche Antwort-Option „das Volk“ irreführend.
- Dass der Bundespräsident (Frage 84) die Einhaltung der Gesetze nicht überwacht, ist insofern als falsche Antwort-Option irreführend, als er dies sowohl bei der Anordnung von Neuwahlen selbstverständlich zu tun hat als auch durch die Verweigerung der Unterzeichnung von Gesetzesbeschlüssen zum Ausdruck bringen kann, dass er ein ihm vorgelegtes Gesetz nicht für rechtskonform hält.
- Dass (Frage 86) das Gremium zur Wahl des Bundespräsidenten Bundesversammlung und nicht Bundesparlament heißt, ist irreführend.
- Dass man (Frage 96) ab dem 16. Lebensjahr einen Personalausweis, aber keinen Reisepass benötigt, ist irreführend, da man selbstverständlich als 16jähriger einen Reisepass besitzen muss, um reisepasspflichtige Länder besuchen zu können. Zudem ist der Reisepass ein Ausweispapier, das im Inland anstelle des Personalausweises Verwendung finden kann.

- Hier ergibt sich übrigens ein eklatanter Widerspruch zur angeblich richtigen Antwort-Option zu Frage 100 („Jeder / jede deutsche Staatsangehörige muss...“), die lauten soll: „mit Vollendung des 16. Lebensjahres einen gültigen Personalausweis oder einen gültigen Reisepass besitzen.“
- Dass es (Frage 105) nicht die Aufgabe von Wahlhelfern ist, die Wahlbenachrichtigungen zu schreiben, ist ein lässliches Wissen. Dass es nicht die Aufgabe von Wahlhelfern ist, „alten Menschen bei der Stimmabgabe in der Wahlkabine“ zu helfen, ist lebensfremd, weil es in Einzelfällen selbstverständlich vorkommen kann, dass Wahlhelfer hilfsbedürftigen Menschen bei der Stimmabgabe assistieren.
- Dass (Frage 114) die Teilnahme an Wahlen in Deutschland „eine Last“ ist, ist eine Auffassung, die ich nicht teile, aber eine legitime Position und kann somit kaum als falsche Antwort-Option gelten.
- Bei Frage 118 ist die falsche Antwort-Option „Alle die wollen, können wählen“ in Abgrenzung zur richtigen Antwort-Option „Wer wählen darf, kann wählen“ irreführend, da nicht vorausgesetzt werden kann, dass beim Lesen der Antwort-Option „Alle die wollen, können wählen“ nicht allein die Wahlberechtigten gemeint sind. Die Aussage „Wer will, kann wählen“, ist nicht per se falsch.
- Dass o.g. Antwort-Option irreführend ist, ergibt sich auch aus der richtigen Antwort-Option zu Frage 119: „Jede Person kann ohne Zwang entscheiden, ob sie wählen möchte und wen sie wählen möchte.“ Hier ist mit „jede Person“ offenkundig nur eine wahlberechtigte Person gemeint, während bei Frage 118 mit „alle die wollen“ wahl- und nicht-wahlberechtigte Personen gemeint sind. Dies ist inkonsistent! Wenn die als richtig erachtete Antwort zu Frage 118 in der Tat richtig wäre, wäre die als richtig erachtete Antwort zu Frage 119 falsch.
- Dass (Aufgabe 127) Grund für die 5%-Hürde sein soll, dass „viele kleine Parteien die Regierungsbildung erschweren“, dürfte strittig sein. Grund ist doch vielmehr, dass eine Partei ein Mindestmaß an Wählerunterstützung haben soll, um parlamentarisch wirken zu können. Die Position, bei vielen Parteien zwischen 5 und 10% die 5%-Hürde zu verändern, wäre eine Minderheiten-Meinung.
- In Frage 134 wird die Situation beschrieben, dass eine Buslinie, „mit der Sie immer zur Arbeit fahren“, eingestellt werde. Die richtige Antwort-Option bezüglich einer angemessenen Reaktion soll sein: „Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine.“ Ein solches Verhalten ist aber keineswegs nahe liegend. Sinngemäß viel plausibler ist die falsche Antwort-Option „Ich wende mich an das Finanzamt, weil ich als

Steuerzahler/in ein Recht auf die Buslinie habe.“ Wobei natürlich nicht das Finanzamt, sondern der Verkehrsträger, z.B. die Kommune, der richtige Ansprechpartner wäre. Die Gründung einer Bürgerinitiative ist vergleichsweise doch wohl deutlich fern liegender. Die falsche Antwort-Option „Ich werde Mitglied in einem Sportverein und trainiere Radfahren“ ist offenkundig scherzhaft gemeint, ist aber irreführend, weil auch eine solche Reaktion durchaus nicht gänzlich unplausibel wäre.

- Bei Officialdelikten (Frage 141) ist es sehr wohl so, dass ein Staatsanwalt (falsche Antwort-Option) die Belange des Opfers vor Gericht vertritt und nicht zwangsläufig ein Anwalt (richtige Antwort-Option).
- Sämtliche falschen Antwortoptionen zu Frage 178 bezüglich der Berliner Luftbrücke sind irreführend.
- Die falsche Antwortoption „zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ zur Frage (205) „Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gehören die neuen Bundesländer nun auch ...“ ist irreführend.
- Unklar ist, warum in Frage 205 richtigerweise von einem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland die Rede ist, in Frage 204 die richtige Antwortoption aber nicht lautet „Die DDR ist der Bundesrepublik Deutschland beigetreten“, sondern „Die heutigen fünf östlichen Bundesländer sind der DDR beigetreten“. Dies ist insofern irreführend, weil die richtige Antwort-Option auf Frage 204 als einzige den Begriff DDR nicht nennt. Warum nicht?
- Dass in deutschen Schulen (Frage 243) das Rauchen verboten ist, richtet sich nach dem jeweiligen Landesgesetz und ist nicht bundeseinheitlich geregelt. Dass man in deutschen Schulen hingegen nach Belieben Tanzen, Spielen und Essen darf, ist mir neu.
- Die Erziehung der Kinder ist (Frage 248) in der Tat vor allem Aufgabe der Eltern (richtige Antwort-Option). Es ist aber irreführend, wenn die Antwort-Option „Schule“ als falsch gilt! Das betrifft auch Frage 249.
- Dass (Frage 250) falsch sein soll, dass „Eltern ... mehr Rechte als andere Bürger/Bürgerinnen“ haben, ist unrichtig. Auf Kindergeld haben z.B. nur Eltern Anspruch.
- Wenn man „eine falsche Rechnung von einer deutschen Behörde“ erhält (in der Regel dürfte es sich wohl um Gebührenbescheide handeln), dann ist es sicherlich richtig, Widerspruch einzulegen (richtige Antwort-Option). Es spricht aber nichts dagegen, die „Rechnung an die Behörde zurück“ zu schicken (falsche

Antwort-Option) und ggf. auf der „Rechnung“ zu notieren, warum sie inkorrekt ist. Das dürfte in der Regel auch die Behörde mehr freuen als ein Widerspruch, mit dem ein größerer Verwaltungsakt eingeleitet würde.

### 3) Irrelevante bzw. zu spezifische Fragen

- Die Frage (Nr. 49), ob die Schulpolitik von den Bundesländern oder vom Bundesfamilienministerium, also vom Bund, bestimmt wird, dürfte auch von vielen deutschen Staatsbürgern unzutreffend beantwortet werden. Ich bin sicherlich nicht der einzige Bundestagsabgeordnete, der regelmäßig unzuständig-erweise schulpolitische Eingaben aus dem Wahlkreis erhält.
- Dass das Finanzamt keine kommunale Verwaltungseinheit ist (Frage 56), gehört sicherlich nicht zu den Dingen, die man wissen muss, um eingebürgert werden zu können.
- Wer (Frage 66) den Text zur deutschen Nationalhymne schrieb, ist sicherlich gut zu wissen, aber kein notwendiges Wissen.
- Dass in Deutschland Privatschulen zugelassen sind (Frage 68), ist entbehrliches Wissen.
- Dass bei der Frage (69) nach der „unterste(n) politische(n) Stufe des dreistufigen Verwaltungsaufbaus die Auswahl „Stadträte, Landräte, Gemeinden, Bezirksämter“ lautet, ist irreführend. Den Unterschied zwischen Gemeinde und Bezirksamt zu definieren, wird selbst vielen Einheimischen schwer fallen, in manchen Bundesländern – z.B. in Berlin – gibt es zudem die „Gemeinde“ nicht.
- Dass (Frage 76) die Abkürzung „CDU“ nicht für „Christliche Deutsche Union“, sondern für „Christlich Demokratische Union“ steht, muss man nicht wissen, die richtige und die falsche Antwort-Option sind einander zudem viel zu ähnlich.
- Dass (Frage 92) die Abkürzung „CSU“ nicht für „Christlich Süddeutsche Union“, sondern für „Christlich Soziale Union“ steht, muss kein Einbürgerungsbewerber wissen.
- Man muss (Frage 136), um eingebürgert werden zu können, sicherlich nicht wissen, was eine „Nebenkostenabrechnung“ ist.

- Dass Graf Schenk von Stauffenberg für das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verantwortlich war, sollte man wissen, muss man aber zur Gewährung einer Einbürgerung nicht unbedingt wissen.
- Wer sich heute einbürgern lässt, muss nicht notwendigerweise wissen, ob die hiesige Währung (Frage 166) bis 2002 „Deutsche Mark“ (richtig) oder „Deutsches Geld“ (falsch) hieß. Dies gilt auch für Frage 187.
- Dass (Frage 173) die Bundesrepublik Deutschland nicht Gründungsmitglied der NATO ist, muss man nicht wissen.
- Wann die DDR gegründet wurde (Frage 174) muss man als künftiger Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht wissen.
- Welche Teile der späteren Bundesrepublik (Frage 176) von Großbritannien, Frankreich bzw. den USA besetzt wurden, muss man nicht wissen.
- Was Willy Brand mit seinem Kniefall in Warschau 1970 ausdrücken wollte, ist sinnvolles Wissen, aber für ein Einbürgerungsverfahren unerheblich.
- Das Wissen (Frage 182), dass KPD und SPD 1946 zur SED zwangsvereinigt wurden, ist für eine Einbürgerung irrelevant.
- Dass das „Wirtschaftswunder“ (Frage 183) in den 50er und nicht in den 70er oder 80er Jahren zu verzeichnen war, ist bei einer Einbürgerung zu wissen entbehrlich.
- Muss man wirklich wissen (Frage 184), was „Die Stunde Null“ zu bedeuten hat? Wohl kaum!
- An welchem Datum 1953 in der DDR ein Aufstand stattgefunden hat (Frage 186), muss man, um eingebürgert werden zu können, sicherlich nicht wissen. Das gilt auch für Frage 210.
- Dass (Frage 211) nicht Helmut Kohl oder Michail Gorbatschow für die „Ostverträge“ „steht“, sondern Willy Brandt, muss man für eine Einbürgerung in Deutschland nicht wissen.
- Ob Deutschland 78 oder 82 Millionen Einwohner hat, ist für das Einbürgerungsverfahren irrelevant. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass nach Sachverständigen-Aussagen vor wenigen Monaten in einer Anhörung des Innenausschusses zum Mikrozensus-Gesetz die Zahl 82 Millionen übrigens zu hoch veranschlagt sein dürfte.



- Dass Helmut Kohl „Kanzler der deutschen Einheit“ ist (Frage 215), ist sicherlich erörterungsfähig. Willy Brandt dürfte diesen Titel ebenso verdient haben, da er mit der von ihm eingeleiteten Entspannungspolitik die spätere Entwicklung erst möglich machte.
- Wer sich 2008 einbürgern lässt, muss nicht wissen (Frage 217), ob die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1989, 1990 oder 1991 stattgefunden hat.
- Welches Ereignisses am 27. Januar gedacht wird, ist zu wissen für eine Einbürgerung in Deutschland nicht erforderlich.
- Dass (Frage 239) die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die „Römischen Verträge“ und nicht durch die „Hamburger“, „Pariser“ oder „Londoner“ Verträge erfolgte, ist entbehrliches Wissen.
- Das Jahr der Euro-Einführung in Deutschland als Barzahlungsmittel ist für eine aktuelle Einbürgerung kein notwendiges Wissen.
- Dass (Frage 258) nicht das Jugendamt das Kindergeld auszahlt, muss man nicht wissen.
- Dass man „bunte Kostüme und Masken“ (Frage 264) am Rosenmontag und nicht beim Oktoberfest trägt, ist ein entbehrliches Wissen. In Norddeutschland ist es zudem eher unüblich, an Rosenmontagen „bunte Kostüme und Masken“ zu tragen.
- Dass man (Frage 282) einen Hund „beim Ordnungsamt anmelden und Steuern zahlen muss“, muss man nur dann wissen, wenn man sich auch tatsächlich mit der Anschaffung eines Hundes befasst. Das gilt auch für Frage 288.
- Beim Kauf eines kaputten Fernsehers (Frage 290) wird als richtige Antwort-Option genannt, man solle den Fernseher reklamieren. Was das Fremdwort „reklamieren“ bedeutet, muss man als Einbürgerungswilliger nicht wissen.
- Dass (Frage 295) das Christentum „die europäische und deutsche Kultur geprägt hat“, ist zwar generell richtig, aber die kulturelle Ausprägung z.B. Spaniens und des kontinentaleuropäischen Teils der Türkei ist ohne Islam (falsche Antwort-Option) nicht denkbar.
- Dass in der DDR (Frage 298) vor allem Migranten aus „Vietnam, Polen, Mosambik“ (richtige Antwort-Option) und nicht zum Beispiel aus „Chile, Ungarn, Simbabwe“ (falsche Antwort-Option) lebten, ist völlig irrelevant.

- Dass (Frage 300) die ersten Gastarbeiter nach Deutschland aus Italien und nicht aus Spanien, Portugal oder der Türkei kamen, ist entbehrliches Wissen. Übrigens ist mit „Deutschland“ offenkundig die Bundesrepublik gemeint. Die ersten Gastarbeiter in der DDR kamen aus Vietnam.

#### 4) Unstimmige Fragen bzw. Antwort-Optionen

- Es ist unklar, wieso in Frage 51 („Zu einem demokratischen Rechtsstaat gehört es nicht, dass...“) eine der unrichtigen Antwort-Optionen lautet: „Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden.“ Auch die Polizei selbst kann keine unbegründeten Verhaftungen vornehmen.
- Frage 157 ist insofern falsch gestellt, als nicht die „Nationalsozialisten mit Adolf Hitler 1933“ eine Diktatur errichteten, sondern dies durch die Zustimmung auch demokratischer Parteien zum sog. Ermächtigungsgesetz geschah.
- „Wasser“ und „Müll“ (Frage 285) sind keine „Nebenkosten“, sondern Materie.